

Legitimationsmethodik:

Nach Ansicht des Gerichts würde dennoch die Möglichkeit bestehen, dank einer speziellen Auslegungsmethodik auch gegen den Willen der Klägerseite einen Wechsel nach Vorgaben des Gerichts durchführen zu können. So wurde versucht, wenn schon hierfür keine Rechtsgrundlage besteht, zumindest eine Scheinlegitimation für eine solche Aktion zu präsentieren. Dabei wurde suggeriert, dass es sich bei dem gerichtlichen Vergleichsvorschlags unter Berücksichtigung und Einhaltung der Fristen, angeblich um den frühestmöglichen Wechseltermin handeln würde. Unter Beachtung dieses Sachverhalts würde die Etablierung eines solchen Wechsels exakt den Willen der Klägerpartei entsprechen, der doch darin bestehen würde, nämlich so schnell wie möglich, einen Kassenwechsel durchführen zu wollen. Deshalb hätte das Gericht mithilfe der beiden Krankenkassen veranlasst, einen solchen Wechsel zum Termin, der das Gericht festgelegt hatte, umzusetzen und zu etablieren. **Auf keinen Fall würde jedoch hierdurch gegen den Willen der Klägerpartei gehandelt werden.**

Die Handlungsweisen der Klägers im Rahmen Klageverfahrens wurden vonseiten des Gerichts quasi konkludent ausgelegt, weshalb ohne einer näheren Prüfung hierbei der Eindruck entstehen könnte, dass die rechtlichen Vorgaben erfüllt worden seien. **Tatsächlich entsprechenden diese Handlungen in keinsten Weise den erforderlichen rechtlichen Vorgaben in Form und Inhalt**, entgegen der gerichtliche Pseudointerpretationen. Zusätzlich muss darauf hingewiesen werden, dass der Kläger als Auftraggeber bestimmt, mit welcher Intention die Klage geführt wird. **Im vorliegenden Fall sollte vom Gericht nur festgestellt werden, ob die Krankenkasse DAK die beantragte Mitgliedschaft zu Recht verweigert und verworfen hatte oder ob ein Anspruch hierfür bestehen würde.** Wenn der Antrag auf Mitgliedschaft zu Recht von der DAK verworfen wurde, so wäre die Klage abzuweisen. Die Feststellung des frühestmöglichen Zeitpunkts eines Wechsels hatte hierbei keine Relevanz, weil hierfür der Auftrag nicht bestand, zumal der Kläger nicht verpflichtet werden könnte, die rechtlichen Vorgaben hierfür zu erfüllen.

In dem Zusammenhang darf noch angemerkt werden, dass bei der sogenannten Feststellung des frühestmöglichen Zeitpunkts einen Kassenwechsel durchführen zu können, dem Gericht einige Fehler unterlaufen sind. So blieb hierbei unberücksichtigt das Fehlverhalten der DAK, die für den Erlass des Widerspruchsbescheids statt 3 Monate einen Zeitraum von über einem Jahr benötigte. Unabhängig davon hätte bereits aus formalen Gründen einen Wechsel zum Zeitpunkt der Rechtshängigkeit eingeräumt werden müssen.